



2020 STEHT VOR DER TÜR

**Die GdP wünscht
ein frohes
Fest und ...**

**... alles Gute im
neuen Jahr**



Digitale Polizeiarbeit im Fokus



Zwei Tage intensive Arbeit im diesjährigen GdP-Seminar „Workshop S&K“. Die Teilnehmenden nutzten die Möglichkeit, ohne Zeitdruck mit den Teamern und Referenten zu diskutieren. Stehend von links: Seminarleiter Bernd Becker und Sven Hummel, Referenten Thomas Welsch und Dittmar Fuchs, Frank Wimmel, Vorsitzender des Fachausschusses „K“. 2. von rechts sitzend: Corinna Koch, Vorsitzende des Fachausschusses „S“ Foto: GdP

Die Referenten des diesjährigen Seminars „Workshop S&K“ zeigten sich dankbar für den offenen Austausch mit polizeilichen Praktikern, die wiederum einen sehr guten Überblick über die Digitalisierung von Polizeiarbeit erhalten haben.

Mobile Arbeitsplätze und Stand-alone-Rechner, Einsatzleitsystem, zAVT und zNuE, Polizei 2020 und Auswertepattform Rheinland-Pfalz/Saarland sowie Poladis, Fallbearbeitung und Onlinewache; das waren die Themen.

Daneben hatten die Teilnehmenden auch Fragestellungen aus ihrem Berufsalltag mitgebracht. Am Ende zweier intensiver Seminartage haben die Teilnehmenden die Diskussionen in „10 Eisenberger Thesen“ zusammengefasst.

10 EISENBERGER THESEN



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: www.gdp-rp.de
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Bernd Becker (v.i.S.d.P.)
Gewerkschaft der Polizei
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
E-Mail: bernd.becker@gdp.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleucker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41 vom 1. Januar 2019

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470

- Der Personalaufbau der kommenden Jahre muss in erster Linie die Arbeitsebenen von Schutz- und Kriminalpolizei stärken.
- Die Aufgabe „Bezirksdienst“ soll durch zusätzliche Ermittlungsbeamtinnen und -beamte eine Renaissance erfahren.
- Die Polizei muss zeitgemäß und aufgabenorientiert mit Hard- und Software ausgestattet sein. Das Projekt „Auswertepattform Rheinland-Pfalz/Saarland“ ist in dem Zusammenhang ein sehr positives Beispiel.
- Die Ausstattung mit Mobilten Arbeitsplätzen wird begrüßt; sie muss beschleunigt auf Bedarfsträger außerhalb des Wechselschichtdienstes ausgedehnt werden.
- Telearbeit, Homeoffice und flexible Arbeitszeiten sind zukunftsorientierte Modelle, die ausgebaut werden müssen. Sie bedürfen der Regelung.
- Der Wechsel von der Schutz- zur Kriminalpolizei bleibt der wichtigste Weg für die Rekrutierung von Personal für die Kriminalpolizei.
- Darüber hinaus darf kein zusätzlicher Weg diskriminiert werden. Stichworte: Spezialistenlaufbahn im Polizeistatus, Cyber-Analyst, Sonderlaufbahn für Verwaltungsbeamte, attraktive Tarifstellen. Für den Haushalt 2021 fordern wir eine Personaloffensive über die 580 Polizeieinstellungen hinaus.
- Aus und Fortbildung muss der rapiden Fortentwicklung von Digitaltechnik angepasst und das Budget gravierend erhöht werden. Darüber hinaus brauchen die Anwender flächendeckend Ansprechpartner bei akuten Problemen, beispielsweise in Anwenderforen.
- Das Projekt „Gesünderes Arbeiten in der Polizei“ bezieht sich auf die gesamte Polizei und nicht nur auf Arbeitszeit. Bei den nächsten Teilprojekten ist eine solide Befunderhebung und eine wissenschaftliche Begleitung zwingend.
- Der Aufbau der Abteilung 6 (Gesundheit) des PP ELT muss in den kommenden Jahren mit hoher Priorität betrieben werden.



„MoAp“: Tolle Sache, aber Regeln erforderlich!

Diese Themen wurden in der Novembersitzung 2019 des Hauptpersonalrates behandelt:



Berichte

Frontex-Einsatz: Ein Kollege soll mitbestimmungsfrei für (nur) einen Monat zu einem **Frontex-Einsatz** nach Italien entsendet werden.

DEIG: Dem HPRP wurde auf Anfrage mitgeteilt, dass es Lieferprobleme für die Holster der Distanz-Elektroimpulsgeräte gibt. Deshalb werden auch die DEIG nicht ausgeliefert.

Bekleidung und Schutzbekleidung: Heinz Werner Gabler berichtet aus der Bekleidungskommission: Es stehen 2,9 Mio. Euro zur Verfügung, davon werden 70 % für Ersatzbeschaffungen benötigt. Es wird derzeit geprüft, ob das Diensthemd durch ein neues Modell ersetzt werden kann, bei dem die Knöpfe unter der Schutzweste kein Problem darstellen. Es gibt Fortschritte beim Thema Schutzbekleidung für die Kriminalpolizei. Dabei geht es um diese Kleidungsstücke: Arbeitsanzug Baumwoll-Mischgewebe, Basecap und Fleece-Mütze für Kriminaltechnik; Anzug Aramid für Brandermittler; Einsatzschuh halbhoch analog WSD für Rauschgiftmüttler und Fahndung; Armbinde „POLIZEI“ für Fahndung; Atem- und Geruchsmaske für Todesermittler. Für die Bereitschaftspolizei ist eine Regenjacke in der Prüfung; es wird eine Kostenbeteiligung des Bundes ländereübergreifend angesprochen.

AG Werte-Rolle-Selbstverständnis: Bernd Becker berichtet über die Klautrattagung der **AG Werte-Rolle-Selbstverständnis der Polizei**. Neben wissenschaftlichem Input durch die Professoren Dr. John Erpenbeck und Dr. Jürgen Weibler hat es eine Findungsphase der Arbeitsgruppe gegeben sowie eine erste Einordnung in Workshops, was denn die Werte der Polizei sein könnten und welche Merkmale die Kultur der Organisation Polizei ausmachen sollten. Die Seniorexperten Franz Kirchberger, Lothar Schömmer und Ernst Scharbach

haben über die Entstehung des polizeilichen Leitbildes berichtet und eine klare Position gegenüber rechtsextremistischen Entwicklungen angemahnt.

Workshop Dienstplanung: Steffi Loth berichtet über einen Workshop zum Thema Arbeitszeitplanung und Erfassung mit der IT-Anwendung Tempus.

Dienstzweigwechsel: Für drei Kolleg*innen beim PP Trier wurde das Benehmen für einen vorzeitigen Dienstzweigwechsel hergestellt.

TARIF: René Klemmer weist auf das Haushaltsaufstellungsverfahren für 2021 hin und mahnt die Behörden, bei der Anforderung von Tarifstellen die in großer Zahl und hoher Qualität hinzugekommenen Aufgaben zu berücksichtigen.

Dienstvereinbarung Mobile Arbeitsplätze (MoAp)

Zwischen Hauptpersonalrat und MdI wurde Einigkeit erzielt, statt einer Dienstweisung zu dem wichtigen Thema „MoAp“ eine Dienstvereinbarung zu entwickeln. Es geht dabei um aktuelle und sensible Themen wie die Nutzung in der Freizeit, entgrenzte Arbeitszeit und Anerkennung von Arbeitszeit. Der in breiter Beteiligung entstandenen Fassung hat der HPRP zugestimmt.

Programmauftrag 2020

Tobias Grabowski (MdI) sowie Jens Böhle und Florian Westrich (LKA) stellen – ausgehend von der „Saarbrücker Agenda 2016“ – den Planungs- und Sachstand des Programms 2020 auf Bundesebene sowie das Kooperationsprogramm 2020 für das Saarland und Rheinland-Pfalz vor.

Eines der verfolgten Ziele ist nach wie vor das „Datenhaus der deutschen Polizei“, in dem die Daten nicht mehr physisch, sondern nur noch durch Sichtrechte getrennt sind.

Inhalte des Programms sind die bestehenden Anwendungen zur Vorgangs- und Fallbearbeitung, INPOL und PIAV, aber auch neue Aspekte wie die „E-Akte“ und eine Auswertepattform für Rheinland-Pfalz und Saarland.

Neu ist die Aufteilung des Projekts auf das PP ELT (technische Leitung)

und das LKA (fachliche Leitung). Die Programmleitung wird in den kommenden fünf Jahren beim PP ELT liegen, weil die technischen Fragestellungen im Vordergrund stehen.

Die AG hat den Personalbedarf im LKA, beim PP ELT und in den fünf Präsidien entlang einer Zeitlinie bis 2025 ermittelt und wirbt um Unterstützung, weil fachliche Weichenstellungen für die Zukunft anstehen, bei denen Fachlichkeit und Personal gut investiert sind.

AG Datenqualität

Jens Böhle (LKA) berichtet über Arbeit und Ergebnisse der AG Datenqualität. Auslöser für die AG waren erhebliche Mängel der in den polizeilichen Systemen gespeicherten Daten. Zentral war eine Beteiligung von Bedarfsträgern, Auswertern und Erfassern. Teilweise wurden technische Lösungen eingebaut, z. B. „Plausi-Checker“ für bestimmte Meldebedarfe.

Es soll künftig auf allen Ebenen Qualitätssicherungsbeauftragte geben, mit zentralem Q-Management beim LKA. Die Verantwortung bleibt bei den Vorgesetzten und von 98 identifizierten Fehlern wurden für den Beginn 17 zum gezielten Controlling priorisiert. Bei der Festlegung, wer mit der „QS“ beauftragt wird, haben die Behörden weitgehend freie Hand.

Haftbefehlsmanagement

Der HPRP hat einer Dienstweisung zum Haftbefehlsmanagement zugestimmt.

Umgang mit Trans- und Inter-Personen

Der Hauptpersonalrat hat einer „Handlungsanweisung zum polizeilichen Umgang mit Trans- und Inter-Personen“ zugestimmt.

Sabrina Kunz / 0 61 31-16-33 65
René Klemmer / -33 78
Heinz Werner Gabler / -33 79
Bernd Becker / -33 80
Steffi Loth / -65-30 40
Gabriele Schramm / -33 81



TARIFKONFERENZ 2019

Innenminister Lewentz: „Sie sind unser direkter Ansprechpartner, wenn es um den Tarifbereich geht“



Innenminister Roger Lewentz dankt allen Tarifbeschäftigten für ihren alltäglichen Einsatz: „Ohne sie würde die Polizei nicht funktionieren.“

Herausforderung. Mensch. Digitalisierung. Bei der zweiten Tarifkonferenz der GdP Rheinland-Pfalz war schon im Titel klar, worum es an diesem Tag gehen wird. Die Digitalisierung fordert die Polizei in vielen Bereichen und auch die Tarifbeschäftigten bekommen dies zu spüren.



Einige Plätze im Saal waren reserviert für die noch einzustellenden Fachkräfte.

Fotos: Schwinn

Mit einem eindrucksvollen Kurzfilm wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer begrüßt. Klare Botschaft des Films: „Ohne Euch geht es nicht!“

In ihrer Begrüßung stellte die Landesvorsitzende **Sabrina Kunz** klar, wie wichtig das Thema Digitalisierung für die Gewerkschaften, aber auch für die Personalräte ist. In diesem Zusammenhang machte sie auf den Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst, insbesondere der Polizei, aufmerksam: „Das in die Jahre gekommene Tarifrecht und eine unattraktive Entgeltstruktur erschweren die Bewältigung des Fachkräftemangels.“

Gestützt und illustriert wurde die Aussage durch die Pappkameraden auf den Stühlen, welche die Aufschrift „Fachkräftemangel“ trugen. Eigens durch **Ulrich Sowa** hergestellt, wollte der Fachausschuss Tarif der GdP damit auf die fehlenden Kolleginnen und Kollegen „Fachkräftemangel“, wie sie Kunz in ihrer Begrüßung mit einem Augenzwinkern herzlich willkommen hieß, aufmerksam machen.

Auch **Isabel Sorg**, die Vorsitzende des Fachausschuss Tarif, fand klare Worte zur Wertschätzung im Tarifbereich in Richtung Minister Lewentz.

Die durch **Margarethe Relet** und **Angela Gorges** über 400 gebackenen Kekse nutzte Sorg als Vorlage für einen treffenden Vergleich: „Für einen guten Keks brauchen wir einiges an guten Zutaten. Nur so wird er perfekt. Aber Vorsicht! Ein guter Keks schmeckt auch anderen.“

In seinem Grußwort dankte Innenminister **Roger Lewentz** der Gewerkschaft der Polizei, die durch die Veranstaltung das Thema „Digitalisierung“ genau zur richtigen Zeit auf den Tisch legt. „Die Polizei in Rheinland-Pfalz genießt ein hohes Vertrauen bei der Bevölkerung und das ist der Verdienst von allen Beteiligten: **Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, Verwaltungsbeamtinnen und Verwaltungsbeamten und den Tarifbeschäftigten.**“

Dass der Bereich der Tarifbeschäftigten in der rheinland-pfälzischen Polizei immer präsent ist und ein hohes Ansehen genießt, „das haben Sie dem stets engagierten Auftreten von **Margarethe Relet** und **René Klemmer** zu verdanken. Die beiden waren und sind immer präsent und vertreten eine klare Haltung,“ hob Lewentz nochmal das Engagement von „Maggi“ Relet



TARIFKONFERENZ 2019



Tariffachmann René Klemmer moderiert die Fragen an Innenminister Lewentz. Eine wichtige Aussage des Ministers: Rheinland-Pfalz bleibt Mitglied der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL).



Simone Boers (links) beeindruckt mit einem Ausblick in die digitale Zukunft der Arbeitswelt. Die Vorsitzende des Fachausschusses Tarif, Isabell Sorg, zeigte sich erfreut über die rege Teilnahme und die hochqualifizierten Beiträge.



Fotos: Jennifer Otto

hervor, die sich auch noch im Ruhestand im Tariffbereich aktiv zeigt.

12.700 Polizeibeschäftigte

Ebenso machte Lewentz auf eine vernünftige Personalplanung im Polizeibereich aufmerksam: „Dies müsse eine Schwerpunktdebatte in der nächsten Legislatur werden.“ Dabei könne er sich 10.000 Polizistinnen und Polizisten und mehr als 2.700 „Zivilkräfte“ (Verwaltungsbeamtinnen/-beamte und Tarifbeschäftigte) vorstellen.

Welchen Einfluss die Digitalisierung auf die Arbeitszeit und unsere Arbeitswelt hat, dies wurde durch den Vortrag von **Simone Boers** von der TBS Rheinland-Pfalz mehr als deutlich. Den Menschen bei der Digitalisierung nicht aus dem Mittelpunkt zu verlieren, dazu müssen viele Zahnräder greifen und

funktionieren. Gesundheitsschutz, Arbeitsplatzsicherheit, Qualifizierungskonzepte und Beteiligung sind wichtige Schlagworte, die den Beschäftigten Halt geben, in einer immer rasanteren Arbeitswelt. Die Flexibilisierung der Arbeitswelt bietet nicht nur Chancen, sondern enthält auch Risiken. Telearbeit und mobiles Arbeiten bieten viele Möglichkeiten der Arbeitszeitgestaltung. Aber auch hier darf der Arbeitsschutz nicht aus dem Auge verloren gehen. „Behördliches Gesundheitsmanagement erhält einen neuen Stellenwert. Auch wenn wir gerne im Eiscafé arbeiten – mit einem ergonomisch ausgestatteten Arbeitsplatz hat das nichts zu tun,“ so Boers.

Dr. Ehsan Braner vom DGB Rheinland-Pfalz/Saarland verdeutlichte die Transformation im öffentlichen Dienst, die in Zeiten der Digitalisierung nicht

mer, auf. Mit der Frage, ob die Digitalisierung eher Belastung oder Erleichterung ist, schilderte Klemmer die Entwicklung der Digitalisierung. „Sie ist kein Schreckgespenst der heutigen Zeit. Bereits in den 80ern tauschten wir Schallplatten in CDs.“ Er zeigte auf, dass wir die Chancen, die sich uns im Zusammenhang mit der Digitalisierung bieten, ergreifen und nutzen müssen. „Wenn wir das Thema Bildung bei unseren Kindern vernachlässigen und nicht modernisieren, dann entlassen wir sie in eine Arbeitswelt, auf die sie null vorbereitet sind.“ Auch in der Arbeitswelt muss sich das Thema „Bildung“ viel stärker umsetzen. In seinem Vortrag stellte Klemmer dar, dass sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Veränderungen in der Arbeitswelt einlassen müssen. Der Arbeitgeber ist aber ebenso in der Pflicht, bei den Veränderungen zu unterstützen. **„Der Mensch muss immer im Mittelpunkt stehen, da lassen wir nicht mit uns verhandeln.“**

Gespannt hörten die Teilnehmenden auch dem Geschäftsstellenleiter der EVG, **Lars Kreer**, zu. Er berichtete über das durch die EVG erkämpfte Wahlmodell. Neben einer linearen Erhöhung, ist es in zwei aufeinander folgenden Tarifrunden gelungen, den Beschäftigten die Wahl, mehr Geld, mehr Urlaub oder weniger Arbeitszeit zu ermöglichen. So ist es derzeit bei der Deutschen Bahn möglich, bis zu zwölf Urlaubstage zusätzlich zu erhalten oder die Wochenarbeitszeit zu reduzieren.

René Klemmer ist sich sicher: **„Solche Modelle müssen in den kommenden Tarifrunden auch mit den Länderarbeitgebern diskutiert werden. In Zeiten wachsender Arbeitsverdichtung wird der Ruf nach mehr Freizeit verständlicherweise immer lauter.“**

Am Ende des Tages war klar: die Digitalisierung greift in all unsere Lebensbereiche ein, das können wir nicht aufhalten – und, wollen wir das eigentlich?

Es müssen aber alle, Arbeitgeber, Gewerkschaften, Personalräte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, mitwirken, die Chancen zu nutzen, die sich hierbei bieten.

Fazit: Der Fachausschuss Tarif hat mit dieser Veranstaltung den Puls der Zeit getroffen und die über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit neuen Eindrücken versorgt.



Handlungsbedarf verdeutlicht und Optionen beschrieben!



Dr. Dietmar Hoffmann, Chef des Gesundheitsamtes in Mainz, und Prof. Dr. Tanja Germerott (v. l.) lieferten mit ihren Referaten die Initialzündung der aufschlussreichen Tagung. Dr. Gregor Thorwartl und Magister Wolfgang Halm (3. und 4. v. l.) steuerten ihre Erfahrung aus Österreich bei. Dr. Bernhard Lenhard (3. v. r.) vertrat die zurückhaltende Position der Landesärztekammer, während Oberstaatsanwalt Eric Samel und Jörg Wilhelm aus dem Innenministerium die GdP-Forderungen nach qualifizierter Leichenschau durch verpflichtete Ärztinnen und Ärzte unterstützten.



Bernd Becker sensibilisierte die Teilnehmenden mit Beispielen aus der Praxis und moderierte die Podiumsbeiträge

Seit Jahren fordert die GdP eine ärztliche Leichenschau durch besonders qualifizierte und amtlich verpflichtete Ärzte und zwar für jede Leiche am Sterbe- bzw. Fundort. Jetzt hat der GdP-Landesbezirk Rheinland-Pfalz mit einer viel beachteten Veranstaltung unter der Überschrift „Mainzer Initiative Qualifizierte Leichenschau“ das Thema noch einmal in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt.

Vor Beginn der Veranstaltung wurden zusätzliche Stühle herbeigeht, um den über 130 Teilnehmenden Sitzgelegenheiten zu bieten. Die Begrüßungsliste der GdP-Landesvorsitzenden **Sabrina Kunz** fiel sehr lang aus und machte deutlich, dass aus Politik, Polizei, Justiz, Wissenschaft und Ärzteschaft ein großes Interesse am Thema besteht.

Das wurde auch im Grußwort von Ministerin **Sabine Bätzing-Lichtent-**

häger deutlich, die sich allerdings im Hinblick auf Rechtsänderungen eher skeptisch zeigte, während sie die Initiative zur Einrichtung der ressortübergreifenden AG lobte. Wichtig war ihr auch der Hinweis auf die bevorstehende Novelle der Gebührenordnung für Ärzte, die zu einer deutlichen Anhebung der Vergütung auf ca. 200 Euro führen werde.

Die habgierige alte Dame, die ihren Gatten strangulierte und dann den Hausarzt zunächst erfolgreich von einer Leichenschau abhalten konnte. Die Ärztin, deren Gattenmord erst Jahre später im Zusammenhang mit Ermittlungen wegen Tierquälerei dank der hartnäckigen Arbeit der Kollegen in einem Indizienprozess ans Licht kam. Mit diesen Fällen gelang es **Bernd Becker** die Zuhörenden für das Thema zu sensibilisieren.

Am Ende müssen wesentlich mehr Obduktionen das Ergebnis sein, was sich **Professorin Tanja Germerott** sicher und klärte die Zuhörenden über wissenschaftliche Annahmen zu unentdeckten nicht natürlichen Todesfällen auf, um mit einer Liste von Verbesserungsmöglichkeiten zu schließen.

Diese Verbesserungsvorschläge fanden sich in großer Schnittmenge im Vortrag von **Dr. Dietmar Hoffmann** wieder. Vielversprechend wäre auch aus seiner Perspektive eine digitale Todesbescheinigung als zentrale IT-

AG eingerichtet

In den letzten Monaten hat der stellvertretende Landesvorsitzende der GdP, Bernd Becker, viel Überzeugungsarbeit im politischen Raum geleistet. Unterstützt wurde die GdP dabei durch die Chefin der Mainzer Uni-Rechtsmedizin Prof. Dr. Tanja Germerott und den Leiter des Gesundheitsamtes Mainz-Bingen, Dr. Dietmar Hoffmann.

Ein erstes Ergebnis ist bereits die Einsetzung einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe unter Leitung des Gesundheitsministeriums. Neben den drei Initiatoren sind darin die Ministerien für Inneres, Justiz und Wissenschaft vertreten.

Eine erste Erhebung dieser AG in der polizeilichen Praxis bestätigt den Befund der GdP. Auch die Hypothese, dass in moslemischen Subkulturen nicht natürliche Todesfälle möglicherweise von Ärzten, die der Community angehören, als natürlich bescheinigt werden, kommt in den Rückmeldungen vor.

In der AG hat man sich auf die Überschrift „**spezialisierte Leichenschau**“ geeinigt, um in der Ärzteschaft die Akzeptanz zu erhöhen. **Eine sehr gute Idee, wie wir meinen.**



MAINZER INITIATIVE SPEZIALISIERTE LEICHENSCHAU



„Es hat auch einen Nachrichtenwert, zu wissen, wer heute alles hier ist.“ **Sabrina Kunz** brauchte einige Zeit, bis die „Wichtigsten“ der über 130 Teilnehmenden begrüßt waren.



Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler zeigte sich dankbar für die Initiative der GdP, die sie zum Anlass genommen habe, eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe einzusetzen.



Magister Wolfgang Halm vom LKA Salzburg (rechts oben) erläuterte dem staunenden Publikum die beneidenswerte Rechtslage und die polizeiliche Praxis im österreichischen Bundesland Salzburg.

Anwendung des Statistischen Landesamtes. Im Befund wies er darauf hin, dass über 50 % der Todesbescheinigungen fehlerhaft seien und kritisierte die Gestaltung ebenso wie die Tatsache, dass jedes Bundesland eine andere Fassung verwendet.

Die Vorträge der Gäste aus Österreich verdeutlichten gleichermaßen den Handlungsbedarf wie die Handlungsmöglichkeiten.

Der Vizepräsident der Ärztekammer, **Dr. Bernhard Lenhard**, hielt grundlegende Änderungen für nicht machbar. Er erntete damit den Widerspruch von Oberstaatsanwalt **Eric Samel** und dem Vertreter des Innenministeriums, **Jörg Wilhelm**.



Dr. Gregor Thorwartl ist Gerichtsmediziner und Vertragsarzt der Landespolizeidirektion und des Gesundheitsamtes in Salzburg. Mit 18 Amts- und Vertragsärzten und 55 Sprengelärzten ist das Bundesland Salzburg (550.000 Einwohner) in puncto ärztliche Leichenschau gut ausgestattet.



GdP-KriPo-Fachmann Sven Hummel (unten) fasste die Ergebnisse der Tagung zusammen und kündigte an, dass die GdP bei dem Thema nicht lockerlassen werde.

Die Fakten sprechen eine klare Sprache

- Im Bundesland Salzburg/A fallen bei 550.000 Einwohnern und einer Sterbequote von ca. 0,9 % etwa 5.000 Sterbefälle/Leichenschauen pro Jahr an.
- In der Landeshauptstadt stehen insgesamt 18 Rechtsmediziner (Amtsärzte, Polizeiärzte, Vertragsärzte) zur Verfügung.
- Die Gaue (Kreise) außerhalb der Stadt werden durch 55 forensisch fortgebildete und amtlich verpflichtete Sprengel- oder ermächtigte Gemeindeärzte abgedeckt. Drei Stellen sind derzeit unbesetzt.
- Die Kosten für die Leichenschau trägt in Österreich die öffentli-

- che Hand, nicht – wie in Deutschland – die Angehörigen. Amts- und Sprengelärzte erhalten ein Gehalt und je Leichenschau 25 Euro. Ermächtigte Gemeindeärzte erhalten 89,25 Euro. Bei Leichenschauen nach StPO erhält der Amtsarzt 80 bis 150 Euro.
- In 2018 wurden im Bundesland Salzburg 473 Obduktionen durchgeführt. Zum Vergleich: In Rheinland-Pfalz bei 4 Mio. Einwohnern und einer vergleichbaren Sterbequote ca. 500 bis 600.
- In Österreich ist bei polizeilichen Todesermittlungen immer ein Arzt mit dabei.

Für die Veröffentlichung in GdP-Bundesmedien entsteht eine detailliertere Zusammenfassung der Ergebnisse unserer Veranstaltung.



VERANSTALTUNG DER GdP IN DER GEDENKSTÄTTE „KZ OSTHOFEN“

Klare Kante gegen Rechtsextremismus: DEMOKRATIE und POLIZEI – Wir brauchen einander!



Nicht nur die beiden Referenten, auch die Podiumsteilnehmer warteten mit Botschaften und klaren Haltungen auf. Von rechts nach links: Moderatorin Steffi Loth, Referent Albrecht von Lucke, Verfassungsgerichtspräsident Dr. Lars Brocker, Vorsitzende Sabrina Kunz, Inspekteur Jürgen Schmitt, DGB-Vorsitzender Dietmar Muscheid, Referent Dr. Dirk Götting, Moderator Bernd Becker Alle Fotos: Jennifer Otto

NSU-Versäumnisse, rechtsextreme Chats und Mails in Frankfurt, Verstrickungen mit Combat 18 in Mecklenburg-Vorpommern und, und, und. In den Medien wird derzeit die Frage thematisiert, ob und in welchem Maße die Polizei besonders affin für rechtsextremes Gedankengut ist. Der Landesvorstand der GdP hat mit einer Gedenk- und Diskussionsveranstaltung im ehemaligen KZ Osthofen bei Worms ein klares Zeichen für Demokratie und Rechtsstaat gesetzt.

Mit einer Führung durch das Gelände des Konzentrationslagers in Osthofen begann die GdP-Veranstaltung am 2. November. Dieses KZ wurde zum 1. Mai 1933 durch den Staatskommissar für das Polizeiwesen Hessen, den Nationalsozialisten Dr. Werner Best, eingerichtet und bestand 14 Monate. Geleitet wurde das KZ vor Ort von SS-Mann Karl d'Angelo im Ehrenamt. Es war eines der ersten staatlichen Konzentrationslager im Reich und befand sich unmittelbar an der Ortslage Osthofen. Zu Todesfällen kam es in diesem KZ nicht, die Inhaftierten, ca. 3.000 Männer und lediglich zehn Frauen in der ganzen Zeit, wurden aber unter unwürdigsten Umständen inhaftiert, körperlich misshandelt und psychisch gedemütigt. Sinn und Zweck dieser ersten kleinen KZ war die Verbreitung von Angst in der Bevölkerung. Noch heute beschämend: Die Polizei hat mitgemacht und – zusammen mit SA-Männern in braunen Uniformen – am helllichten Tag Juden, Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter durch die Straßen von Osthofen dem Lager zugeführt.



Ist das nicht auch schon ein Stück Demokratie? Die Vorsitzende Sabrina Kunz packt bei den Vorbereitungen kräftig mit an.



Lob für die GdP von der Staatssekretärin. Nicole Steingaß würdigte die Initiative der GdP zu der wichtigen Veranstaltung.

Verantwortung für den Rechtsstaat

Die GdP-Landesvorsitzende **Sabrina Kunz** hob bei der Begrüßung der über 70



VERANSTALTUNG DER GdP IN DER GEDENKSTÄTTE „KZ OSTHOFEN“

Teilnehmenden die Verantwortung der Polizei für den Rechtsstaat und die Verantwortung des demokratischen Staates für eine funktionierende Polizei hervor. Kunz: „Der Schlüssel für eine gegen Rechtsextremismus resistente Polizei ist Bildung, Bildung Bildung.“ Insofern sei Rheinland-Pfalz mit der zweigeteilten Laufbahn und dem BA-Studium grundsätzlich auf dem richtigen Weg.

Staatssekretärin **Nicole Steingäß** erinnerte in ihrem Grußwort an die furchtbaren Geschehnisse im 3. Reich und führte die Bedeutung für die heutige Zeit eindrucksvoll aus.

Beschämende Polizeigeschichte

Nach dieser Einführung erläuterte **Dr. Dirk Götting**, Leiter des Polizeimuseums Niedersachsen, unter dem Titel „Freunde – Helfer – Straßenkämpfer“ sehr detailliert die geschichtlichen Ereignisse in Deutschland ab den Matrosenaufständen von 1918 bis zum Jahr der Machtübernahme durch die NSDAP. In der Weimarer Republik gab es eine Trennung von Polizei und Militär und die Polizei wurde ein richtiger Beruf. Außerdem gab es erste Frauen im Polizeidienst. In einem neuen Polizeirecht wurde geregelt, was die Polizei durfte und was nicht. Die Polizei trat durchaus bereits als „Freund und Helfer“ auf.

Während dieser Zeit gründete sich der „Schrader-Verband“ unter dem Vorsitzenden Ernst Schrader, eine erste demokratisch ausgerichtete Interessenvertretung, die zunehmend einen hohen Organisationsgrad aufwies. Die Wahlerfolge der NSDAP leiteten jedoch



Ergänzten sich perfekt, obwohl sie sich vorher nicht kannten. Links: Dr. Dirk Götting sprach über die Polizei im politischen Kontext der Weimarer Republik und des verbrecherischen NS-Staats. Rechts: Albrecht von Lucke nahm in brillanter Rhetorik jeden Ball auf und machte mit aktuellen Zusammenhängen sehr nachdenklich.



das Ende von Weimar ein. NSDAP-Mann Wilhelm Frick wurde 1930 in Thüringen Innenminister und hiermit veränderte sich für die dortige Polizei Grundlegendes. Mit dem Ende der Weimarer Republik und damit der ersten deutschen Republik überhaupt, begann für die Polizisten eine dramatische Zeit. Sie wurden für die Zwecke des Nationalsozialismus in umfassender Weise instrumentalisiert. Die Polizeibataillone 111 und 131 wurden aufgestellt und zur Bewachung der immer größer werdenden Konzentrationslager und für „Säuberungen“ hinter der Front des Russland-Feldzugs eingesetzt. Polizeikollegen von ein und derselben Dienststelle fanden sich in Konzentrationslagern wieder, die einen vor dem Zaun als Wachmannschaft und andere im Lager, etwa weil sie dem Schrader-Verband angehörten oder in der SPD aktiv waren.

Die Veränderung – oder besser Pervertierung – des hoch entwickelten preußischen Polizeirechts zu „Die Polizei darf alles, wovon sie annehmen darf, dass der Führer es will“ spricht eigene Bände. Dr. Götting wies auf die aus Sicht der Polizei gravierenden Unterschiede zwischen Links- und Rechtsextremismus hin: Bei den Linksextremisten ist meist alles klar – sie bekämpfen die Polizei als Vertreter der verhassten Obrigkeit. Die Rechten hingegen hoffieren die Polizei, weil sie in ihren Fantasien für die Zeit nach der Machtübernahme in dem neuen Staat eine wichtige Rolle spielt.

Demokratie ist akut gefährdet

Albrecht von Lucke, Politologe, Jurist und Publizist (Blätter für deutsche und internationale Politik) betonte zu Beginn seiner beeindruckenden Rede die doppelte Bedeutung des Titels der Veranstaltung „Demokratie und Polizei – wir brauchen einander“. Seiner Ansicht nach ist es so, dass die Demokratie das Gewaltmonopol einer starken rechtsstaatlichen Polizei braucht. Die Polizei braucht im Umkehrschluss eine funktionierende Demokratie.

Gerade aktuell sei unsere Demokratie in Deutschland sehr gefährdet. Ausführlich beschrieb er die Geschehnisse in Thüringen und zitierte aus dem letzten Buch von Björn Höcke, in dem davon die Rede sei, dass ein „Zuchtmeister“ den „Saustall“ aufräumen müsse. Bei der Wahl der Mittel schreibt Höcke von „wohltemperierter Grausamkeit“. Höcke, der die Bewegung „PEGIDA“ als Vorfeldorganisation der AfD bezeichne, sei eindeutig dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnen.



„Das Grundgesetz bietet keinen Rundumschutz“. Dr. Lars Brocker war als Präsident des Verfassungsgerichtshofs sehr gefragt.



IdP Jürgen Schmitt: „Ich habe eine hochkarätige AG beauftragt, sich mit Werten, Rolle und Selbstverständnis der Polizei zu befassen.“



VERANSTALTUNG DER GdP IN DER GEDENKSTÄTTE „KZ OSTHOFEN“



Das KZ Osthofen diente dazu, Angst zu verbreiten und die Bevölkerung zu spalten. Vorne der Eingang zur Fabrikhalle, in der die Häftlinge untergebracht waren. An der Mauer hinten waren die Latrinen, die von den jüdischen Gefangenen mit ihrem Essbesteck geleert werden mussten.

Nach der Wahl zu den Landtagen in Thüringen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt sei das alte bundesrepublikanische Parteiensystem deutlich ins Wanken geraten. Von Luckes Appell: Demokratie und Rechtsstaat müssen wehrhaft sein. Der Rechtsstaat hat seiner Meinung nach die Schwierigkeit zu bewältigen, dass seine Feinde erst als solche behandelt werden dürften, wenn sie vom Verfassungsgericht als Verfassungsfeinde anerkannt seien. Lucke: „Im Kern ist die parlamentarische Demokratie per se eine Zumutung. Positiv gemeint: Es ist die Zumutung und das Versprechen, mit verbundenen Armen gegen die eigenen Feinde zu kämpfen.“

Lösungsansätze diskutiert

In der Podiumsdiskussion kamen neben den beiden Gastrednern Gäste zu Wort, die selbst Akteure an der „Baustelle Demokratie“ sind.

Der Präsident des Verfassungsgerichtshofs RP, Dr. Lars Brocker, erläuterte umfassend die verfassungsrechtliche Situation. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes hätten – wie schon der Artikel 1 zeige – aus der Weimarer Zeit gelernt, es bleibe aber eine politische Aufgabe, die Demokratie zu verteidigen. Und mit Referent Lucke war er sich einig: „Ohne Rechtsstaat ist Demokratie nicht denkbar“.

Dietmar Muscheid:

„Mit der Zugehörigkeit zum DGB bekennt sich die GdP zur Einheitsgewerkschaft und zu gesellschaftlichem Zusammenhalt.“

Jürgen Schmitt, Inspekteur der Polizei, zeigte sich höchst sensibel und berichtete darüber, dass er als Vorsitzender der „Kommission Innere Führung“ den Auftrag erteilt habe, sich mit Werten, Rolle und Selbstverständnis der Polizei zu befassen.

Der Vorsitzende des DGB-Bezirks Rheinland-Pfalz/Saarland, Dietmar Muscheid, lobte die GdP für die Initiative zu der beeindruckenden Veran-

GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow ließ auf seine sachliche und doch ergreifende norddeutsche Art keinen Zweifel aufkommen: Die GdP verteidigt die rechtsstaatliche Demokratie in aller Konsequenz gegen rechtsextreme Bestrebungen. Klar sei aber, dass die Polizei dabei auf die Unterstützung aus der Politik angewiesen sei. DEMOKRATIE und POLIZEI – Wir brauchen einander!

staltung: „Statt 70 hätte diese Veranstaltung 700 Teilnehmende verdient“. Mit der Zugehörigkeit zum DGB seit 1978 leiste die GdP einen wichtigen Beitrag. Wie die Polizei in der Gesellschaft, so sei die GdP in der Gewerkschaftslandschaft ein wichtiger Faktor für gesellschaftlichen Zusammenhalt, Gerechtigkeit und Demokratie.

Haltung verinnerlichen

Der GdP-Landesvorsitzenden Sabrina Kunz, war es wichtig, auf die innere Verfasstheit der Polizei hinzuweisen: „Eine Organisation, die nach außen für die Demokratie eintritt, kann das nur glaubwürdig tun, wenn sie auch nach innen demokratisch verfasst ist.“ Gelebte Mitbestimmung und Partizipation seien so gesehen auch eine gesellschaftspolitische Aufgabe. Kunz betonte noch einmal die Bedeutung von Bildung: „Es geht darum, Persönlichkeiten heranzubilden und demokratische Haltung zu verinnerlichen.“

Ihr abschließendes Postulat: „Polizistinnen und Polizisten leisten ihren Eid auf die Verfassung. Niemals mehr werden sie einen Eid auf einen Führer ablegen.“

Oliver Malchow mit klarer Kante

Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow ging auf die jüngsten Ereignisse ein und erinnerte an die stehenden Ovationen des GdP-Bundeskongresses, als er selbst und andere Redner sich klar von der AfD distanziert haben: „Wir haben nichts zu reden mit einer Partei, die in ihren Reihen Rassismus, Hass und Antisemitismus duldet.“

Steffi Loth
Bernd Becker



PSW-REISEN hat sich rundum erneuert!

AUCH NEU: IHRE BUNDESWEITE HOTLINE
Montag bis Sonntag 10:00 - 19:00 Uhr

0711 9484848



PSW-Reisen
DIE WELT EROBERN



SCHWABENLAND REISEN

PSW-REISEN und SCHWABENLAND REISEN
Partner der **Gewerkschaft der Polizei**
in Kooperation mit PSW Rheinland-Pfalz GmbH

Ihr persönlicher Reise-Gutschein	100 €	Ab 1.500 €

Ihr persönlicher Reise-Gutschein	150 €	Ab 2.500 €

Ihr persönlicher Reise-Gutschein	210 €	Ab 3.500 €

Gutschein ist nicht mit anderen Rabattaktionen von PSW und Schwabenland Reisen kombinierbar.
Pro Mitglied und Reise kann nur ein Gutschein eingelöst werden.
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Der Gutscheinbetrag kann nicht ausbezahlt werden.
Gültig ab sofort bis zum 31.03.2020 für alle Pauschalreisen-Angebote von namhaften Veranstaltern.

PSW-Reisen
Eberhardstr. 30
70736 Fellbach
Tel.: 0711 / 57 88 186
Fax: 0711 / 57 99 12
info@psw-reisen.de
www.psw-reisen.de

Baden-Württemberg
Frau Burger
Tel.: 07042 / 872 83 12
Fax: 07042 / 872 83 13
kburger@psw-reisen.de

Saarland
Frau Weaver
Tel.: 0681 / 933 120 57
Fax: 0681 / 933 120 59
sweaver@psw-reisen.de

Rheinland-Pfalz
Frau Grün
Tel.: 06703 / 305 502
Tel.: 0711 / 57 99 12
agruen@psw-reisen.de

Schwabenland Reisen
Terminal 3, Reisemarkt
70629 Stuttgart Flughafen
Tel.: 0711 / 948 48 48
Fax: 0711 / 997 67 62
info@schwabenlandreisen.de
www.schwabenlandreisen.de



LASTMINUTE 2019

FRÜHBUCHER 2020



NACHRUF FÜR HORST VINHOVEN

Gerecht und praktikabel

58 Jahre Mitgliedschaft und 41 Jahre ehrenamtliches Engagement. Unser langjähriges Ehrenmitglied Horst Vinhoven ist verstorben.

Erneut haben wir den Tod eines langjährigen und engagierten Mitglieds zu beklagen. Horst Vinhoven ist am 31. Oktober 2019 im Alter von 72 Jahren verstorben. Sein Tod hat uns in der Gewerkschaft der Polizei landesweit sehr getroffen.

Horst war überzeugter Gewerkschafter und Personalrat. In die GdP eingetreten ist er im Juni 1961. Er begann im Jahr 1978 im Ehrenamt mit der Funktion des stellvertretenden Kreisgruppenvorsitzenden Mainz-Bingen. Schon ein Jahr später, nämlich im Januar 1979, wurde er hier Kreisgruppenvorsitzender. Zudem war er seit 1990 stellvertretendes Mitglied im Fachausschuss Schutzpolizei. Dazu kam seine Tätigkeit als Mitglied des Kreisbeamtenausschuss des DGB.

Im Personalrat war Horst Vinhoven von 1980 bis 1987 Vorsitzender des Personalrats beim Polizeiamt in Bingen. Hiernach folgte eine Tätigkeit als Mitglied des örtlichen Personalrats bei der Kreisverwaltung Mainz-Bingen. Auch eine Ebene höher, beim Bezirkspersonalrat



Horst Vinhoven

* 4. Mai 1947
† 31. Oktober 2019

– Polizei – bei der Bezirksregierung Rheinhessen-Pfalz wirkte er als Ersatzmitglied bis zur Reform der Polizeiorganisation im Jahr 1993 mit. Danach war er weiter im Gesamtpersonalrat des PP Mainz tätig.

Getrieben von der Suche nach der besten Lösung für die Kolleginnen und Kollegen scheute er sich nicht vor intensiven und zeitraubenden Diskussionen bis spät in den Abend. Gerecht sollte es bei ihm zugehen und praktikabel.

Nach der Reform übernahm Horst die Bezirksgruppe Mainz bis 2006 und war somit auch im Landesvorstand vertreten. Aufgrund seines Engagements – 58 Jahren Mitgliedschaft und 41 Jahre ehrenamtliche Gewerkschaftsarbeit – wurde er zum Ehrenmitglied der GdP ernannt.

Ehrenmitglied bleibt er über den Tod hinaus. Wir werden ihn in liebender Erinnerung bewahren.

WIR GRATULIEREN ZUM GEBURTSTAG

70 Jahre

Heinz Werner Aßmann,
KG PP/PD Koblenz
Christoph Eiteneuer,
KG Neuwied/Altenkirchen
Rainer Willwerth,
KG PP/PD Koblenz
Nikolaus Atz,
KG PD Trier
Ludwig Wiegand,
KG PP Westpfalz

75 Jahre

Klaus Peter Schmidt,
KG Ww/Rhein-Lahn
Egon Rupp,
KG Südpfalz
Erwin Dentgen,
KG PD Mayen
Hans-Rainer Schiffmann,
KG PP ELT WSP

80 Jahre

Otto Schöneberger,
KG PD Kaiserslautern
Kurt Rüh,
KG PP/PD Koblenz
Heinz Hebel,
KG Ww/Rhein-Lahn
Werner Bäres,
KG PP/PD Koblenz
Albert Eipp,
KG PD Worms
Karl-Heinz Scherer,
KG PP ELT Wittlich

85 Jahre

Hubert Lohner,
KG PP/PD Koblenz
Nikolaus Scheid,
KG PP/PD Koblenz

90 Jahre

Günter Rothermel,
KG PP Westpfalz

KG NEUWIED-AK HAT GEWÄHLT UND GEEHRT



Yannick Seibert bleibt Vorsitzender der KG Neuwied-Altenkirchen, unterstützt durch die Vertreter Sascha Brix und Katharina Sziget. Sie bilden – zusammen mit Vertretern von allen Dienststellen – einen schlagkräftigen Vorstand. 25 Jahre in der GdP sind: Bettina Könemann, Oliver Ludwig, Thorsten Quadflieg, Roger Mayer und Sascha Weber. Für 40 Jahre werden geehrt: Ulrich Fischer, Michael Reinhardt, Bernd Hermes, Wilfried Schützeck, Jürgen Schäfer, Christoph Frank und Bernd Becker. Bereits 50 Jahre dabei: Eberhard Rasbach, Albert Ersfeld, Gerd Lichtenthäler, Christoph Eiteneuer und Rolf Niemeyer. Unser Foto zeigt – eingerahmt durch die Landesvorsitzende Sabrina Kunz und den KG-Vorsitzenden Yannick Seibert, die anwesenden Jubilare (v.l. n. r.): Bettina Könemann, Rolf Niemeyer, Albert Ersfeld, Christoph Eiteneuer und Bernd Becker

Foto: Brix

WIR TRAUERN UM

Daniela Fügen (44) und Andreas Chladeck (37),
Kreisgruppe PP/PD Mainz

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

